



Der GLBV stellt sich vor – Heute: Uwe Kurzke

Hallo liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

hiermit möchte ich mich als eines der alten bzw. neuen Mitglieder im Geschäftsführenden Vorstand vorstellen. Mit einer Unterbrechung von vier Jahren bin ich wieder neu im Vorstand vom Delegiertentag gewählt worden. Mit 62 Jahren bin ich das älteste Mitglied in diesem Vorstand. Mein Hauptsachgebiet ist das Arbeits- und Sozialrecht.

Eingestellt wurde ich 1975 bei der Berliner Polizei. Ich bin geschieden, habe zwei erwachsene Söhne mit Familie und daraus folgend vier Enkelkinder.

1975 wurde ich als Polizeiangestellter im Objektschutz erstmals in der Direktion 3 eingesetzt. 1979 wechselte ich in die Direktion 4 und wurde unter Änderung des Beschäftigungsverhältnisses in die GeSa 4 in der Gefangenenbewachung eingesetzt.

Schon sehr früh habe ich mich gewerkschaftlich engagiert. Von der ÖTV kommend, bin ich der GdP beigetreten und habe mit Kolleginnen und Kollegen in der Jungen Gruppe Südwest mitgearbeitet. Über den Bezirksgruppenvorstand Direktion 4, dessen Mitglied ich wurde, habe ich mich in Seminaren und der Abendschule weitergebildet. Ende 1994 wechselte ich in die Verwaltung und wurde als Geschäftsführer in der Direktion 4 beim A 45 eingesetzt. Seit 1995 bin ich ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Berlin-Brandenburg und am OVG Berlin-Brandenburg. Von 1983 bis 2003 war ich ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Berlin.

1986 wählten mich die Kolleginnen und Kollegen über die GdP-Liste in den Personalrat Direktion 4, ich löste den in Rente tretenden Kollegen Werner Großkopf ab und wurde vom Dienst für den Personalrat Direktion 4 freigestellt.

Seit 2002 bin ich im Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei für die Belange der Arbeitnehmer zuständig.

Von 2002 bis 2010 war ich Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand und habe mit vielen Kolleginnen und Kollegen den längsten Streik der GdP Berlin organisiert. Über acht Monate haben



Uwe Kurzke beim Organisieren des Warnstreiks
Foto: Uwe Kurzke

wir für die Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen gestreikt.

Das Verhalten des damaligen roten Senats gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihren Gewerkschaften hat ein tiefes Misstrauen begründet.

Dieses Misstrauen ist, und das zeigt sich in der Tarifrunde der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) erneut, dass es wieder nur um Einsparungen geht. Die Arbeitgeber wollen erstmals die Gehaltsrunde mit dem Leistungsrecht der Zusatzversorgung verbinden. Weil in der Rentenberechnung ein Rechenzins verwendet wird, der mit durchschnittlich gut vier Prozent, gemessen an heutigen Verhältnissen, relativ hoch ist, forderten die Arbeitgeber die Gewerkschaften auf, einer Kürzung des Rechenzins auf marktüblichen Zins zuzustimmen. Das hätte eine Kürzung der VBL zur Folge. Nachdem nun auch in der zweiten Tarifrunde in Potsdam am 26./27. 2. 2015 kein Ergebnis zustande kam, rechnen wir mit einer starken Auseinandersetzung. Man kann nur hoffen, dass die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes zur Vernunft kommen. Daraus folgt, dass wir Arbeitnehmer wieder geschlossen auftreten müssen. Von allein werden die Arbeitgeber nicht reagieren. In Berlin haben wir Erfahrungen. Zu Hause bleiben ist „out“, Dabeisein ist „in“. In diesem Sinne ... Euer Uwe Kurzke.

Warnstreik

Die Stimme der Kollegin zittert, überschlägt sich beinahe. Die Gesichtsfarbe spiegelt die Stimmung am Verhandlungstisch in Potsdam wider. „Ich arbeite seit fast 30 Jahren für diesen ‚Verein‘, habe die Kürzungen durch den Anwendungstarifvertrag miterlebt und so manch andere Saurei. Dieses Mal wollen die (Anmerkung des Verfassers: gemeint sind die Arbeitgeber in der Tarifrunde der Länder) an die VBL (tarifliches Leistungsrecht der Zusatzversorgung) ran. Mir reicht's schon lange!“ Ein Objektschützer klopft der Kollegin aus der Zulassungsstelle mit einem grimmigen Lächeln auf die Schul-



Uwe Kurzke spricht zu 17 000 Kolleginnen und Kollegen auf dem Alexanderplatz anlässlich des Warnstreiks. Foto: MiLa

tern. Die Stimmung ist einhellig. Und kämpferisch.

Mehr als 10 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes folgen am 11. März dem gemeinsa-

Fortsetzung auf Seite 2



WARNSTREIK

Fortsetzung von Seite 1

men Aufruf von GdP, ver.di, GEW und IG BAU zum Warnstreik, versammeln sich am S-Bahnhof Friedrichstraße und ziehen von dort zum Alexanderplatz. Auf dem Weg werden die Ausreden der Arbeitgeber heiß diskutiert. Schuldenbremse, öffentlich-rechtliche Investitionen – all das hat für die Arbeitgeber Vorrang. Die eigenen Beschäftigten stehen am Ende der politischen Prioritätenliste. Wieder einmal.

Jens Bullerjahn, Sachsen-Anhalts Finanzminister und Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, hatte



Beatrice Weiß moderiert auf der DGB-Bühne am Alexanderplatz während des Warnstreiks am 11. März.

Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger, die mittlerweile seit mehr als einem Jahrzehnt abgekoppelt sind und für die zwischenzeitlichen punktuellen Erhöhungen auch noch dankbar sein sollen.

Auffällig viele Beamte sieht man an diesem Tag auch am Alexanderplatz. Sie eint die Hoffnung auf die Umsetzung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils (Az.: 2 C 1.13) vom 27. Februar 2014, demnach die Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht länger abgekoppelt werden dürfen. 2014 hatten die Gewerkschaften für die Angestellten im Bund und in den Kommunen Entgelterhöhungen von drei Prozent ab 1. März 2013 und weiteren 2,4 Prozent ab 1. Januar 2014 erstritten. Das Ergebnis war vom Bundesinnenminister bis auf geringe Abweichungen auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen worden.

Auf der Bühne am Alex tritt Uwe Kurzke vom Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP ans Mikrofon. „1140 Milliarden Euro für die Banken. Damit wird der Zinsertrag für Kapitalanleger und Sparer auf fast Null gesetzt. Unsere VBL wird vom Zinsertrag getragen. Nun fordern die Arbeitgeber unverblümt massive Eingriffe in das Leistungs-

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 6. 3. 2015.

der Öffentlichkeit bereits das Schreckgespenst von sechs Milliarden Euro zusätzliche Personalkosten für die rund 800 000 Angestellten in den Ländern gemalt, würde die Forderung der Gewerkschaften eins zu eins übernommen werden. Über die Milliardengräber der Politik möchte er aber nicht reden. Allein der BER-Flughafen kostet die Steuerzahler 3,4 Milliarden Euro mehr als geplant. Stand heute. Geld, das wir seit 2003 jedes Jahr abgezogen bekommen. Bis heute. Aktuell liegen wir bei 98 Prozent der Entgelttabelle TV-L.

Wofür streiken die 10 000 Angestellten an diesem Tag? Für eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent, mindestens jedoch 175 Euro, was vor allem den unteren Entgeltgruppen zugute käme und die Steuereinnahmen der Länder automatisch erhöhen würde. Für eine verbindliche Übernahme der Auszubildenden.

Eine Forderung, die in Anbetracht des Altersdurchschnitts im öffentlichen Dienst und des drohenden Wissensverlustes eigentlich auf die Forderungsagenda der Arbeitgeber gehören müsste. Gegen eine Verschlechterung der Altersversorgung, die vor allem die Berufseinsteiger hart treffen und den öffentlichen Dienst noch unattraktiver machen würde. Und für eine zeit- und inhaltsgleiche Ergebnisübertragung auf die



Ein nicht enden wollender Demonstrationszug der DGB-Gewerkschaften



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Berlin
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk:
gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 01 72/7 51 38 22
E-Mail: laube@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



WARNSTREIK

recht der Zusatzversorgung, also der betrieblichen Altersversorgung unserer Beschäftigten. Die Arbeitgeber sprechen es klar und deutlich aus, sie wollen einen Systemwechsel. Sie planen zum zweiten Mal Rentenkürzungen von rund 20 Prozent. Das lassen wir uns nicht bieten ...“ Den Rest des Satzes schluckt der Applaus der Kollegen.

Uwe Kurzke setzt neu an: „... besteht ein Nachholbedarf gegenüber der Lohnentwicklung in der Gesamtwirtschaft sowie gegenüber dem TVöD von 2,5 Prozent. Unsere Forderungen sind gerechtfertigt und gut begründet! Wir fordern eine angemessene Entgelterhöhung für unsere Beschäftigten, die täglich gute Arbeit leisten, die von der Bevölkerung gebraucht und geschätzt wird. Wir fordern eine Entgelterhöhung von 5,5 Prozent, mindestens aber 175 ...“ Wieder verliert sich seine Stimme im Applaus der Kollegen.

Am Ende der Versammlung beginnen unter den Kollegen die Spekulationen, was wohl am Ende bei rumkommt. Die Stimmung ist vorsichtig optimistisch. Aber vor allem eins: Entschlossen und kämpferisch. Eines ist aber sicher: Ohne die aktive Unterstützung aller Tarifbeschäftigten und Beamten wird es nicht klappen.



Unsere Kolleginnen und Kollegen tragen sich in die Streiklisten ein.

Fotos: MiLa

HISTORIE

Wilhelm Behr – ein stiller Held

Der Einladung der „Behr-Gruppe“ vom Verein LICHT-BLICHE – Netzwerk für Demokratie – zur Einweihung der Stele für Wilhelm Behr – dem stillen Helden – in Berlin-Malchow am Samstag, dem 10. Januar 2015, folgten auch die Vertreter der GdP-Bezirksgruppe Dir 6, der Seniorenvorsitzende Helmut Meyer und sein Stellvertreter Manfred Rigow.

Polizeioberinspektor Wilhelm Behr ist ein stiller Held, ein Vorbild für uns alle, auch und gerade für uns als Polizisten und zeigte in der schweren Zeit, der Nazidiktatur, Zivilcourage. Von 1923 bis 1933 war er Mitglied im SCHRADER-Bund – der Vorläuferorganisation der Gewerkschaft der Polizei – GdP.

In einer Zeit unmenschlicher politischer und sozialer Bedingungen der Jahre 1933 bis 1945 zeigte er menschliche Größe. So rettete er in der Nazizeit mehreren Familien das Leben. Er warnte 1938 Familie Braunstein vor der Verhaftung. „Übersah“ Frau Teschner bei einer Kontrolle. Des Weiteren warnte er Familie Naujocks vor einer Durchsuchung durch die Nazis. Er wusste, dass von dieser Familie jüdische Mitbürger versteckt wurden. Letztlich übernahm er selbst die „Durchsuchung“ und „übersieht“ absichtlich die Indizien und Beweise, die

auf den Unterschlupf der jüdischen Familie Weiß hinwiesen. Dadurch verschaffte er der Familie Weiß die Zeit für ihre Flucht aus Nazideutschland und bewahrte sie so vor der Verhaftung und Deportation.

Vielen Menschen das Leben rettend, gelang es auch ihm, die Nazi-herrschaft zu überstehen. Mit Beginn des Ost-West-Konflikts und der Spaltung Berlins geriet er in das Räderwerk der Stalinisierung und musste als unbequemer Polizist seinen Dienst quittieren.

An der Einweihung der Stele nahmen neben der „Prominenz“ des Bezirksamtes Lichtenberg, Vertreter von Parteien vor allem aber der Neffe von Wilhelm Behr, Willi Behr, sowie die beiden Töchter Naujocks teil (siehe Foto)!

Die Mitglieder der „Behr-Gruppe“ haben zu seinen Ehren eine Ausstellung erarbeitet, die auch im Polizeipräsidium gezeigt wurde und der Polizeihistorischen Sammlung zur Verfügung gestellt werden soll. Bereits 2013 würdigte Kollegin Elke Gündner-Ede vom Bundesvorstand der GdP das Werk von Wilhelm Behr in einem Gastbeitrag.

In Gedenken an diesen aufrechten Polizisten sollten wir ihm an der Stele die Ehre erweisen.

Manfred Rigow



...schaften führte von der Friedrichstr. zum Alexanderplatz.



Projektgruppe „Erhöhung der bestandsbildenden ED-Maßnahmen“

Fehlgeleitete Ursachenforschung verärgert die Mitarbeiter/-innen

2013 führte die Polizei Berlin rund 17 000 erkennungsdienstliche Behandlungen (ED) durch. 2002 waren es noch rund 34 000 ED-Behandlungen. Diese für die Aufklärungsquote langfristig alarmierenden Zahlen veranlassten die Behördenleitung, Ursachenforschung zu betreiben. Eine Projektgruppe wurde gegründet ...

Die Ursachenforschung an der Basis war da längst erfolgt: Personalmangel.

Die Projektgruppe hatte naturgemäß die Not, der Behördenleitung eine „lösbare“ Ursachenanalyse vorzulegen. Und damit begann das Problem, sich zum Ärgernis für die Mitarbeiter/-innen auszuweiten ...

Die Lösungsansätze, die von der Projektgruppe erarbeitet wurden, sind von den Kolleginnen und Kollegen an der Basis als versteckte Schuldzuweisung aufgenommen worden. Denn die von der Projektgruppe vermuteten Unsicherheiten auf den Gebieten der Rechts- und Dienstkunde sind nicht mit e-Learning-Programmen zu beheben, wenn konkrete Ermittlungsverfahren gegen Kolleginnen und Kollegen wegen vermeintlich rechtswidriger ED-Behandlungen zu deren Verurteilung und schließlich zur Sensibilisierung aller Kollegen führen. Da nützt es wenig, dass PPr Stab 6 die Rechtsauffassung vertritt, „dass der Anteil von Straftätern, die NICHT für eine erkennungsdienstliche Behandlung nach § 81 b StPO 2. Alternative infrage kommt, im Promillebereich liegen dürfte.“ Diese Aussage von PPr Stab 6 schützt die Kolleginnen und Kollegen nicht vor einer Verurteilung! Doch die Projektgruppe nimmt den Ball von PPr Stab 6 dankbar auf und versichert den Kollegen, „bis auf wenige Ausnahmen dürften bei allen Beschuldigten die Voraussetzungen für eine bestandsbildende ED-Behandlung vorliegen.“ Bei solchen Aussagen von oberster Stelle

wäre die Gewährung behördlichen Rechtsschutzes für die dann angeklagten Kollegen wohl das Mindeste.



Doch die Ursachenforschung der Projektgruppe geht noch weiter. 2014 wurde der Druck auf die Mitarbeiter dadurch erhöht, dass die ED-Behandlung zum Gegenstand der Zielvereinbarungen der Polizei Berlin gemacht wurde. Sich als Exekutive ein Ziel zu setzen, wie viele Grundrechtseingriffe man in einem Jahr herbeiführen möchte, scheinen weder Behördenleitung noch der Innensenator und das Abgeordnetenhaus fragwürdig zu finden. Doch das Ziel ging nicht auf. 2014 konnte die Zahl der ED-Behandlungen lediglich um 1,5 Prozent erhöht werden.

Nun soll 2015 die Kontrolle der Kollegen weiter erhöht werden. In Poliks wird ein Fallmerkmal „ED-Behandlung“ eingeführt. Um einen Vorgang abschließend bearbeiten zu können, muss dann künftig explizit begründet werden, weshalb eine ED-Maßnahme, immerhin ein Grundrechtseingriff, NICHT durchgeführt wurde. Nicht wenige Vorgesetzte, die schließlich für die Qualitätskontrolle abschließend bearbeiteter Ermittlungsvorgänge zuständig sind, dürften das damit ver-

bundene Misstrauen in ihre Arbeit interessiert zur Kenntnis nehmen.

Die Verärgerung ist auch bei den Funkwagenfahrern und Sachbearbeitern groß. Denn dort sind die wahren Ursachen täglich erlebte Praxis:

Es stehen keine Transportkommandos (Tk) zur Verfügung. 2014 wurden 1475 Personen mittels Tk zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung einer Gefangenen-sammelstelle (Ges)a) zugeführt. Soll heißen: Nicht einmal zehn Prozent aller Personen (rund 17 000 ED-Behandlungen insgesamt), die zwecks ED-Behandlung einer Gesa zugeführt werden, erreichen diese mit einem Tk. Den größten Teil der Zuführungen müssen die Funkwagenfahrer und Sachbearbeiter also selbst erledigen; 2014 also in rund 15 000 Fällen.

Gefangenen-sammelstellen werden dauerhaft oder temporär geschlossen. 2014 kam es zu 203 temporären Gesa-Schließungen für Zeiträume von wenigen Stunden bis hin zu mehreren Tagen. Zellenauslastung war nur selten der offizielle Grund. Zumeist wurden die



Fotos: GdP Berlin

Schließungen mit Personalmangel begründet. Zu Recht! Aktuell verfügt das Referat Gefangenenwesen der Direktion ZA (Dir ZA Gef) noch über 497 Tarifbeschäftigte im Gefangenenbewachungs-dienst, darunter Teilzeitkräfte und Verwendungseingeschränkte (z. B. kein Nachtdienst). 2009 verfügte Dir ZA Gef



FORSCHUNG CONTRA PRAXIS

noch über 839 Dienstkräfte. Seit 1995 wird bei Gef nicht mehr eingestellt. Der Altersdurchschnitt liegt bei 52,8 Jahren. Renteneintrittsbedingt wird der Personalstamm bei Gef bis 2020 auf rund 300 Tarifbeschäftigte sinken.

Die Funkwageneinsatzbelastung ist hoch. Und daraus folgt, dass sich ein Funkwagen nur schlecht stundenlang aus der Einsatzbewältigung herausziehen kann, um eine einzige ED-Behandlung durchzuführen. Teilweise dauern An- und Abfahrt zur Gesa aufgrund der Gesa-Schließungen länger als die eigentliche ED-Maßnahme. Die Personalnot auf den Abschnitten lässt kaum Spielraum für zeitintensive ED-Behandlungen.

Die Vorgangflut steigt. Auch die Ermittler in der Vorgangsbearbeitung der Kripo und Schupo stehen glei-

chermaßen unter Zeitdruck. In den Controllingberichten zum „Probelauf Abschnitte“ wird mehrfach eingeräumt, dass die Vorgangsbelastung unerwartet steigt. Mehr Personal steht jedoch nicht zur Verfügung. Zeitgleich steigt der Druck auf die Sachbearbeiter, effizienter zu arbeiten und bei vielen Delikten nur noch die allernötigsten Ermittlungen durchzuführen. Kriminalitätsbekämpfung und -aufklärung verkommen so zur Kriminalitätsverwaltung. Inwiefern bei diesem Strafverfolgungsansatz noch eine ED-Behandlung begründet werden soll, wird wohl in Zukunft zulasten einzelner Kollegen von Gerichten beantwortet werden. Zudem gibt es nicht wenige vernunftbegabte Vorgesetzte und Sachbearbeiter, die eine ED-Behandlung zu-

nächst gewissenhaft prüfen, bevor sie diese umsetzen. Nicht jedes Delikt lässt eine ED-Behandlung zu. Die geforderte Prognose, um eine ED-Behandlung der 2. Alternative zu rechtfertigen, sollte zudem vor Gericht argumentativ haltbar sein.

Das Problem „bestandsbildende ED-Behandlungen“ wird sich verschärfen. Die Behördenleitung verschärft den Druck auf die Mitarbeiter und blendet die eigentlichen Ursachen aus. Damit dürfte nichts zu erreichen sein. Bleibt zu hoffen, dass andererseits die Kollegen nicht die Nerven verlieren. Zunehmende Fälle verbaler Härte zwischen den Kollegen auf den Gefangensammelstellen sind ein Alarmzeichen. Unsere Solidarität untereinander sollten wir dem „Druck von oben“ nicht opfern.

BEIHILFE

Krankenkassenzuschuss zur Rente und Auswirkungen auf die Beihilfegewährung

Mitte November 2014 haben wir erfahren, dass in der Bundesbeihilfevorschrift die Begrenzung des Krankenkassenzuschusses von 40,99 € auf die Rente weggefallen ist. Brandenburg und Sachsen-Anhalt hatten diese Änderung ebenfalls übernommen. Zur Erläuterung, erhält man einen höheren Krankenkassenzuschuss als 40,99 € (schon ein Cent reicht), sinkt der Beihilfeanspruch von 70 auf 50%. Allerdings wurde sowohl von der Rentenversicherung als auch der Behörde darauf hingewiesen, dass man für die 40,99 € überschreitende Beträge eine Verzichtserklärung abgeben kann.

Wer ist davon betroffen?

In erster Linie Kolleginnen und Kollegen aus dem Beitrittsgebiet und Späteinsteiger. Dazu kommen nicht mehr berufstätige Ehepartner, die bei ihren Ehepartnern privat mitversichert sind und damit Beihilfe erhalten.

Auf Antrag des Landesseniorenvorstandes wurde der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand am 12. Dezember 2014 tätig und schrieb alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus und den Senat mit der Forderung nach einer Änderung und Übernahme der bundesrechtlichen Regelung an.

Als Erstes reagierte DIE LINKE am 12. Januar 2015 und teilte uns mit,

dass sie unsere Forderung nach Wegfall der Begrenzung des Krankenkassenzuschusses unterstütze. Am 16. Januar 2015 reichte der Abgeordnete Udo Wolf eine schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus ein.



Nachfolgend die Anfrage und Antwort des Senators Henkel vom 29. Januar 2015; Drucksache 17/15302:

„Benachteiligung der Berliner Beamtinnen und Beamten bei der Beihilfe abschaffen!“

1. Ist dem Senat die 5. Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 18. Juli 2014 bekannt, mit welcher die Regelung aufgehoben

wird, nach der die Inanspruchnahme eines Zuschusses zur Krankenversicherung von 41 € oder mehr eine Absenkung der Bemessungsgrenze um 20% zur Folge hat?

Antwort: Ja.

2. Beabsichtigt der Senat, eine entsprechende Änderung in der Berliner Landesbeihilfeordnung vorzunehmen, damit Berliner Beamtinnen und Beamten und Pensionäre sowie deren Angehörige gegenüber denen des Bundes und anderer Länder, die die genannte Bundesregelung übernommen haben, nicht schlechtergestellt sind und

a) wenn ja, wann soll diese Regelung in Kraft treten?

b) wenn nein, warum lässt der Senat eine

Schlechterstellung der Berliner Beamtinnen und Beamten insbesondere vor dem Hintergrund zu, dass diese ohnehin das bundesweit niedrigste Besoldungsniveau hinnehmen müssen?

Antwort:

Der Senat hat sich mit dem Erlass der Landesbeihilfeordnung (LBhVO) vom 8. September 2009, die zuletzt durch Art. 3 des Gesetzes vom 9. Juli 2014 geändert worden ist, entschie-

Fortsetzung auf Seite 6



BEIHILFE

Fortsetzung von Seite 5

den, die beihilferechtlichen Regelungen des Bundes mit wenigen Änderungen inhaltsgleich in das Landesbeihilferecht zu übertragen. Dementsprechend beabsichtigt der Senat, im Rahmen der Zweiten Verordnung zur Änderung der LBhVO auch die vorgenannte Regelung des Bundes in das Landesbeihilferecht zu übertragen und den § 47 Abs. 8 LBhVO aufzuheben.

Wann mit dem Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der LBhVO zu rechnen ist, kann unter

anderem aufgrund notwendiger Beteiligungsverfahren zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.

Bis zum Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der LBhVO wird den Beihilfeberechtigten des Landes Berlin zur Vermeidung der Absenkung des Beihilfebemessungssatzes um 20 Prozentpunkte nach § 47 Abs. 8 LBhVO weiterhin empfohlen, gegenüber dem Rentenversicherungsträger den Verzicht auf den 40,99 € je Monat übersteigenden Teil des zustehenden Zuschusses zu erklären. Auf diese Möglichkeit weist

etwa ein Informationsblatt ‚Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag‘ der Zentralen Beihilfestelle vom Oktober 2014 hin.“

Mit Datum vom 20. Februar haben wir inzwischen eine fast inhaltsgleiche Antwort der CDU-Fraktion erhalten.

Diese Antworten stimmen uns optimistisch, dass hier bald eine positive Änderung eintreten wird. Wir bleiben an dem Thema dran und werden zu gegebener Zeit über den Ausgang und die dann notwendigen Schritte eurerseits berichten.

Klaus Kulick

SERVICE

Lohnsteuerberatung 2015 mit neuem Team

Wieder ist ein Jahr vorüber und vielen GdP-Mitgliedern stellt sich erneut die Frage, wie kann ich mir die leidige Arbeit mit der Erstellung meiner Einkommensteuererklärung erleichtern? Eine Frage, mit der sich das neu formierte Lohnsteuerberaterteam eingehend befasst hat. Wir empfehlen euch, unsere kompetente Hilfe anzunehmen, wir stehen allen Hilfesuchenden in Steuerfragen mit Rat und Tat zur Seite. Wir erstellen individuell für jeden mit einem Spitzensteuerprogramm eine komplette Steuererklärung, ausgedruckt mit einem vorausberechneten Ergebnis. Also, nicht verzagen, alle wichtigen Unterlagen (s. unten) einsammeln, zur Beratung mitbringen und nicht vergessen, vorher rechtzeitig in der Geschäftsstelle einen Beratungstermin unter der Tel.-Nr. 21 00 04 43 zu vereinbaren.

Die Beratungen finden in der Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin, wie folgt statt:



Unser neues Team: hintere Reihe (v. l. n. r.): Norbert Hoppe, Silvio Genge, Andrea Krämer, Christian Jung, Regina Valentine, Volkmar Glaser. Vordere Reihe (v. l. n. r.): Francesco Alvino, Ullrich Thoms. Es fehlt auf diesem Foto die Kollegin Beatrice Domsch.

In den Monaten Februar bis Dezember an jedem Mittwoch, jeweils von 9:30-18:30 Uhr, und an jedem 2. und 4. Dienstag eines jeden Monats ab 15:30 Uhr. Um eine reibungslose und zügige Bearbeitung zu gewährleisten, sind insbesondere folgende Unterlagen mitzubringen:

Identifikations-/Steuernummern, auch vom Ehegatten und den Kindern **Einkünfte:**

- Lohnsteuerjahresbescheinigungen, bei Riesterverträgen auch vom Vorjahr
- Jahresbescheinigungen des Arbeitgebers bzw. der Landesverwaltungs- und Versorgungsämter, **Erstjahr der Ansprüche und Versorgungsbezugszahlung wichtig!!**
- Jahresbescheinigung über erhaltene Renten (Mitteilungen der Renten-träger, (z. B. DRV, ZVK, VBL). **Beginn der Rentenzahlung wichtig!!**

- Einkommensteuerbescheid und Antrag des Vorjahres
- Belege über alle Lohnersatzleistungen (Eltern-/Mutterschafts-/Kranken-/Arbeitslosengeld usw.)
- Bescheinigung über vermögenswirksame Leistungen

Werbungskosten:

- Nachweise über Fachliteratur, Reinigungskosten Dienstkleidung, Arbeitsmittel, Fahrtkosten, Seminare, GdP-Beiträge, Dienstreisen, Fortbildungskosten usw.

Haushaltsnahe Dienst-/Handwerkerleistungen:

- Haushaltshilfe, Handwerkerrechnungen, Umzugs-/Reparaturkosten,

Anzeige

Sterbegeldversicherung

Bestattungskosten sind je nach den Gebühren von Städten, Gemeinden und Bundesländern unterschiedlich teuer und überfordern so manchen Hinterbliebenen. Hinzu kommen weitere Kosten für Sarg, Pfarrer, Blumen und Trauerkarten. Im Durchschnitt geben die Bundesbürger 5.000 € für die Beisetzung aus. 2003 erhielten Hinterbliebene noch 525 € Sterbegeld, mitversicherte Angehörige nur 262,50 €. Das Sterbegeld der gesetzlichen Krankenkassen wurde durch das Gesundheitsreformgesetz ab dem 01.01.2004 gestrichen. Schließen Sie diese Lücke mit unserem Angebot für GdP-Mitglieder und deren Angehörige:

- Keine Gesundheitsprüfung
- Garantierte Aufnahme bis 80 Jahre
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Individuell wählbare Versicherungssumme von 500 bis 12.500 €
- Steuerlich absetzbare Beiträge

Monatsbeitrag für je 500 € Versicherungssumme (Eintrittsalter 35 Jahre)
 Frauen 1,00 €
 Männer 1,00 €

weitere interessante Angebote unter:
www.gdp-berlin.de

Polizeisozialwerk GmbH
 Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
 Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442



SERVICE

NACHRUF

Betriebskostenabrechnung. Dieses gilt sowohl für Haus- und Wohnungseigentümer als auch für Mieter.

Sonderausgaben:

- Nachweise aller Versicherungsbeiträge der Familienmitglieder (KV, Pflege, Sterbekasse, Renten- und Lebensversicherungen sowie Haftpflichtversicherung usw.)
- Bescheinigungen der/des Riesteranbieter/s
- Spendenbelege

Außergewöhnliche Belastungen:

- Belege zu eventuell selbst getragenen Krankheitskosten (alle medizinischen Aufwendungen, Zahnersatz, Brille, Kur-/Krankenhauszahlungen usw.)
- Unterlagen über Scheidungs- und Beerdigungskosten, Rechtsanwaltskosten

- Nachweise über Behinderungen, Behindertenausweis (entsprechende Ausgabebeläge)

Kinder:

- Aufwendungen für Kinder (Betreuungskosten, Schulgeld, Hort usw.)
- über 18 Jahre: Ausbildungsverträge, Studienzeiten usw.
- Krankenversicherungsbeiträge

Wichtiger Hinweis:

Bei Antragstellung von mehreren Jahren dieses bitte bei der Anmeldung unbedingt angeben.

Abgabetermin der Steuererklärung ist grundsätzlich der 31. Mai eines jeden Jahres!

Wir freuen uns auf euch!

**Euer Lohnsteuerberaterteam der GdP,
Ullrich Thoms**

- Günter Schreiber**, 92 Jahre
Bezirksgruppe Dir 1
- Günter Rubbert**, 95 Jahre
- Werner Goetz**, 97 Jahre
Bezirksgruppe Dir 3
- Werner Kleinert**, 91 Jahre
- Charlotte Jacob**, 98 Jahre
- Ludwig-Ernst Hürter**, 79 Jahre
Bezirksgruppe Dir 4
- Volkmar Dahms**, 58 Jahre
Bezirksgruppe Dir 5
- Fritz Epperlein**, 80 Jahre
- Dieter May**, 66 Jahre
Bezirksgruppe Dir 6
- Harald Stetza**, 72 Jahre
- Günter Dumke**, 76 Jahre
Bezirksgruppe LABO
- Guenter Brunk**, 79 Jahre
Bezirksgruppe Dir ZA

VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 3

Mittwoch, **27. Mai 2015**, um 15:30 Uhr, „Marjan-Grill“, Flensburger Straße/Bartingallee, 10557 Berlin, S-Bhf. Bellevue.

Dir 5

Dienstag, **7. April 2015**, 15:30 Uhr, Bürgerzentrum Neukölln, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin.

Dir 6

Im **April 2015** findet keine Bezirksgruppensitzung statt. Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen ein schönes Osterfest.

ZSE

Donnerstag, **16. April 2015**, 16 Uhr, Restaurant „Kaiserhof Gaststätte“, Stresowstraße 2 (Verl. Freiheit), 13597 Berlin-Spandau, S-Bahnhof Stresow.

LKA

Dienstag, **28. April 2015**, 16:30 Uhr, Geschäftsstelle der GdP, Kurfürstenstraße 112, als Gast erwarten wir unsere Landesbezirksvorsitzende Kerstin Philipp.

dem 12. Mai 2015, für unsere über 80-Jährigen und ihre Partner/-innen wieder eine Kaffeetafel veranstalten. Was wollen wir tun? Etwas informieren, quatschen, ein kleines Programm und vor allen Dingen Kaffee und Kuchen mit hoffentlich vielen Gesprächen unter Ehemaligen.

Bei der letzten Kaffeetafel hatten wir 80 Teilnehmer/-innen, also rechtzeitig anmelden.

Wo findet die Veranstaltung statt?

Im Leuschner-Saal des DGB Hauses, Keithstraße 1-3, 10787 Berlin, 150 m vom U-Bahnhof Wittenbergplatz entfernt.

Beginn: 15 Uhr, Einlass: 14:30 Uhr, Ende der Veranstaltung 17:30 Uhr

Zur Teilnahme ist unbedingt eine Anmeldung bis spätestens 2. Mai erforderlich.

Anmeldungen sind möglich bei allen Seniorengruppenvorsitzenden, bei Heidi Kulick in der GdP-Geschäftsstelle, Tel. 0 30/21 00 04 43 und bei Klaus Kulick, Tel. 0 30-55 10 83 26.

Wir freuen uns auf die gemeinsamen Stunden mit euch.

Ich bitte um rege Teilnahme an der Wahl.

Seniorenvorsitzender Dir 1, Werner Faber, Tel. 0 30-4 03 28 39

Dir 2

Dienstag, **7. April 2015**, 15.30 Uhr, „Seniorenklub Südpark“ (Spandau), Weverstraße 38, 13595 Berlin. Nachfragen bei Regina Geisler, 1. Vorsitzende, Tel. 0 30-92 12 43 97.

Dir 3

Dienstag, **5. Mai 2015**, 16 Uhr, Lokal „FRABEA“, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Dir 4

Mittwoch, **8. April 2015**, 16 Uhr, Restaurant „Adria Grill“, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Dienstag, **7. April 2015**, 14 Uhr, Bürgerzentrum Neukölln, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin.

Dir 6

Dienstag, **21. April 2015**, 16 Uhr, Sportcasino des KSC, mit Kegeln, in der Wendenschloßstraße 182 in 12557 Berlin-Köpenick.

Am 20. Mai 2015 **Tagesbusfahrt** nach Eisenhüttenstadt mit Werksbesichtigung EKO, Mittagessen, Besuch des DDR-Museums und in Ratzdorf Besuch des Denkmals Jahrhunderthochwasser. Kosten: 51 € – Anmeldung und nähere Infos bei H. Meyer Tel. 0 30/9 37 40 80 und M. Rigow Tel. 0 30-92 04 74 41. Auch Mitglieder an-

Fortsetzung auf Seite 8

**Ankündigung:
Seniorenkaffeetafel 2015**

Wir denken auch an unsere Ältesten. Deshalb wollen wir **am Dienstag**,

Senioren

Dir 1

Achtung: Wahl des neuen Seniorenvorstandes!

Montag, **13. April 2015**, ab 13 Uhr, im Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin.



VERANSTALTUNGEN

Fortsetzung von Seite 7

derer Bezirksgruppen können gerne an der Fahrt teilnehmen.

ZSE

Dienstag, 28. April 2015, ab 15 Uhr, Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee.

LABO

Mittwoch, 15. April 2015, 15 Uhr, Restaurant „Yasmin“, 10963 Berlin, Wilhelmstraße 15-16.

LKA

Dienstag, 7. April 2015, 15 Uhr, „Gasthaus Koch“, 12203 Berlin-Tem-

pelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 68/ Ecke Friedrich-Franz-Straße. Uns besucht **Frau Maria Macher vom DIA-KONIEWERK SIMEON** und stellt uns das Projekt „Stadtteilmütter“ vor.

Dienstag, 21. April 2015, haben wir vor, den **Olympiapark (inkl. Führung)** zu besichtigen. Rechtzeitige Anmeldung erbeten, da begrenzte Teilnehmerzahl!

Vorankündigung:

5. Mai 2015, „Gasthaus Koch“ – **Frau Stefanie Kaygusuz-Schurmann** informiert uns über **Sorben und Wenden** in der Lausitz.

19. Mai 2015 – **Kulturveranstaltung – Tagesausflug mit Reisebus in die Märkische Schweiz** (inkl. Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen) – rechtzeitige Anmeldung erbeten, da begrenzte Teilnehmerzahl!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 0 15 25-6 10 35 27 (gdp-phone) oder Martin Hoffmann: Tel. 0 30-61 29 37 75.

TEB 3

Treffen der ehemaligen Kollegen der TEB 3 am 28. April 2015 um 10 Uhr im „Bürgerzentrum“, ehem. „Haus des älteren Bürgers“, in Berlin-Neukölln, Werbellinstraße 40. Info bei Bernd Proske, Tel. 0 30-6 62 18 18.

DIE GdP GRATULIERT

Geburtstage

80 Jahre

Gisela Schmidt, Direktion 2, Horst Michaelis, Direktion 5, Bruno Albrecht, Karl-Heinz Neumann, Direktion 6, Christa Jüttner, Siegfried Wetzel, Direktion Zentrale Aufgaben, Brigitta Braeseke, Horst Reischert, Hermann Engelhardt, Zentrale Service Einheit, Wolfgang Huebner, Rita Kalisch, LABO

85 Jahre

Adolf Schlicke, Direktion 2, Norbert Lamprecht, Direktion 5, Werner Klamke, LABO

90 Jahre

Ruth Junge, Isolde Dicks, Manfred Harter

91 Jahre

Ingeborg Scharnhorst, Zentrale Service Einheit

92 Jahre

Herta Hintze, Zentrale Service Einheit

93 Jahre

Rudolf Mager, Direktion 3

94 Jahre

Charlotte Grothusen, Rudolf Lange, Leo Grubert

95 Jahre

Hanne Welzel, Hildegard Pahnitz, Edith Pöppel

Anzeigen

Exklusive Vorteile für Mitglieder der GdP Berlin
Deutschlands beliebteste Regionalbank (Euro 5/2014) – neuer PSW/GdP-Kooperationspartner

Ihre Vorteile

- Testsieger-Produkte mit persönlichem GdP-Service
- Das beste Gehaltskonto der Region
- Bank- und Kreditkarte auf Wunsch im exklusiven GdP-Design

Wir beraten Sie gern:

- 030 850 82-5678
- www.psd-bb.de/gdp-berlin



GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Jubiläen

25 Jahre

Ulrike Anhuth, Michael Eichelbaum, Silke Heymann, Andreas Knaack, Holger Pitschka, Horst Pomerening, Bianca Przewosnik, Sabine Reichstein, Andreas Seidel, Georgi Stadie, Christian Thaens, Christian Theurer, Martin Treger, Marett von der Preuss, Olaf Wawerek, Carsten Wokittel

40 Jahre

Harry Balke, Gabriele Barkowski, Jürgen Bunzel, Hans Dammann, Doris Gleditsch, Klaus Krüger, Alfred Kubiak, Michael Neuhaus, Dieter Pawellek, Ilse Porwoll

50 Jahre

Wolfgang Elsholz, Heinz Girod, Dieter Minge, Wolfgang Rieck

60 Jahre

Jürgen Göthel, Rudolf Siebler

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit rund 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

